

Nicht aufgeben!

2016 war das Jahr des Rechtspopulismus. Die Verteidiger der offenen Gesellschaft geraten in die Defensive – auch wegen ihres eigenen Versagens: Den zivilen Diskurs in unserem Land verteidigt man nicht mit Defätismus.

Michael Brackmann Bonn

Vertreter des liberalen Bürgertums zeigen sich mittlerweile gerne im Bülserhemd. Reumütig erklärten sie die zweistelligen Prozentzahlen der Alternative für Deutschland (AfD) bei den Landtagswahlen im März damit, man habe die Sorgen und Nöte des Volkes nicht ernst genommen. Gesenkten Hauptes erlebten sie zuletzt den Wahlerfolg des US-Wutbürgers Donald Trump und die Niederlage des progressiven italienischen Regierungschefs Matteo Renzi beim Verfassungsreferendum.

Mit der Diagnose, Ängste und Abwehrreflexe in der Bevölkerung sträflich vernachlässigt zu haben, stellen sich die Verfechter einer offenen Gesellschaft selbst an den Pranger. So klagte Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne), Linke und Linksliberale grenzten „Andersdenkende“ durch „Intoleranz“ vorsätzlich aus.

Geradezu masochistisch wenden Linksliberale derzeit den alten Vorwurf, das Establishment sei vom Volk „abgehoben“, gegen sich selbst. Das ermuntert die „Andersdenkenden“. Sie ätzen: „Die da oben, wir da unten!“ Die „besorgten Bürger“ tragen natürlich kein Bülserhemd – trotz 800 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte und 1800 weiteren Angriffen auf Asylbewerber, die das Bundeskriminalamt in diesem Jahr registriert hat. Stattdessen kontrastiert die militante Angriffsemantik des Rechtspopulismus auffällig mit der defensiven Selbstbezeichnungsrhetorik des linksliberalen Milieus.

Der in Deutschland tobende (Un-)Kulturkampf bringt auch eine große Menge an Büchern hervor, die die Probleme Deutschlands mit dem aufschwelligenden Rechtspopulismus beschreiben und sich an Ursachen- und Lösungsforschung versuchen – der Erkenntnisgewinn schwankt aber leider gewaltig.

„Die Zerreißprobe“ etwa, das neue Buch der muslimischen Religionspädagogin und Publizistin Lamya Kaddor, trägt nur wenig Erhellendes zum Deutungskampf über den Rechtspopulismus bei. Zu Recht stellt die deutsche Autorin mit syrischen Wurzeln zwar bloß, dass die Verfechter eines ethnischen Nationalismus und „deutschen Volkskörpers“ schon ein riesiges Deportationsprogramm starten müssten – bei 16,4 Millionen Menschen in Deutschland mit Migrationshintergrund. Schon ihr Postulat aber, Forderungen nicht an Minderheiten, sondern an die Mehrheitsgesellschaft zu stellen, leitet Wasser auf die Mühlen ihrer Kritiker. Sollen „deutsche“ Frauen etwa, so fragen sie, künftig in der Öffentlichkeit auch Burka tragen?

Streckenweise wirkt der „persönliche Blick“ der Autorin auf die Zeitläufte schlicht naiv. Ihr Ratschlag an die Mehr- und Minderheitsgesellschaft, einen gemeinsamen „Sinn für die wunderschönen Landschaften zwischen den Alpen und der Nord- und Ostsee zu entwickeln“ zum Beispiel oder „das gemeinsame Entstehen für eine deutsche Nationalmannschaft“. Konservative Publizisten reagieren auf solche Kalendersprüche natürlich mit Hohn, Spott und Verleumdung: „Sie ist genuin dumm!“, urteilte etwa Henryk M. Broder. Symptomatisch für die aufgeheizte Stimmung ist die Tatsache, dass Kaddor nach



Jürgen Roth, Schmutzige Demokratie. Ausgehöhlt – Ausgenutzt – Ausgelöscht? Ecowin-Verlag Wals bei Salzburg 2016, 319 Seiten, 24 Euro.



Karl-Siegbert Rehberg, Franziska Kunz, Tino Schlinzig (Hg.): Pegida. Transcript Verlag, Bielefeld 2016, 377 Seiten, 30 Euro.



Lamya Kaddor: Die Zerreißprobe. Wie die Angst vor dem Fremden unsere Demokratie bedroht. Rowohlt Berlin 2016, 238 Seiten, 17 Euro.

Erscheinen ihres Buchs so viele Hasskommentare erhielt, dass sie sich vorübergehend vom Schuldienst beurlauben lassen musste.

Von einem ebenso heftigen moralischen Furor wie Lamya Kaddor lässt sich auch der Journalist Jürgen Roth in seinem Buch „Schmutzige Demokratie“ leiten. Hauptursache für die Erfolge des Rechtspopulismus in Europa ist aus Roths Sicht das mehr oder weniger komplette Versagen der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Er vertritt die These, das angeblich solidarische Europa sei eine „der großen Lügen“ dieser Eliten, die sich in Wirklichkeit durch Maßlosigkeit und Gier, Zynismus und Korruptionsanfälligkeit auszeichneten. Doch ist, um nur ein Beispiel zu nennen, Bundeskanzlerin Angela Merkel tatsächlich „gierig“ und „korruptionsanfällig“? Mit seinen steilen Thesen läuft Roth Gefahr, dem Rechtspopulismus mit linkspopulistischen Argumenten wenig entgegenzusetzen. Die Klage der „besorgten Bürgern“ „Ihr da oben, wir da unten“ prägt auch Roths Schwarz-Weiß-Sicht der Verhältnisse.

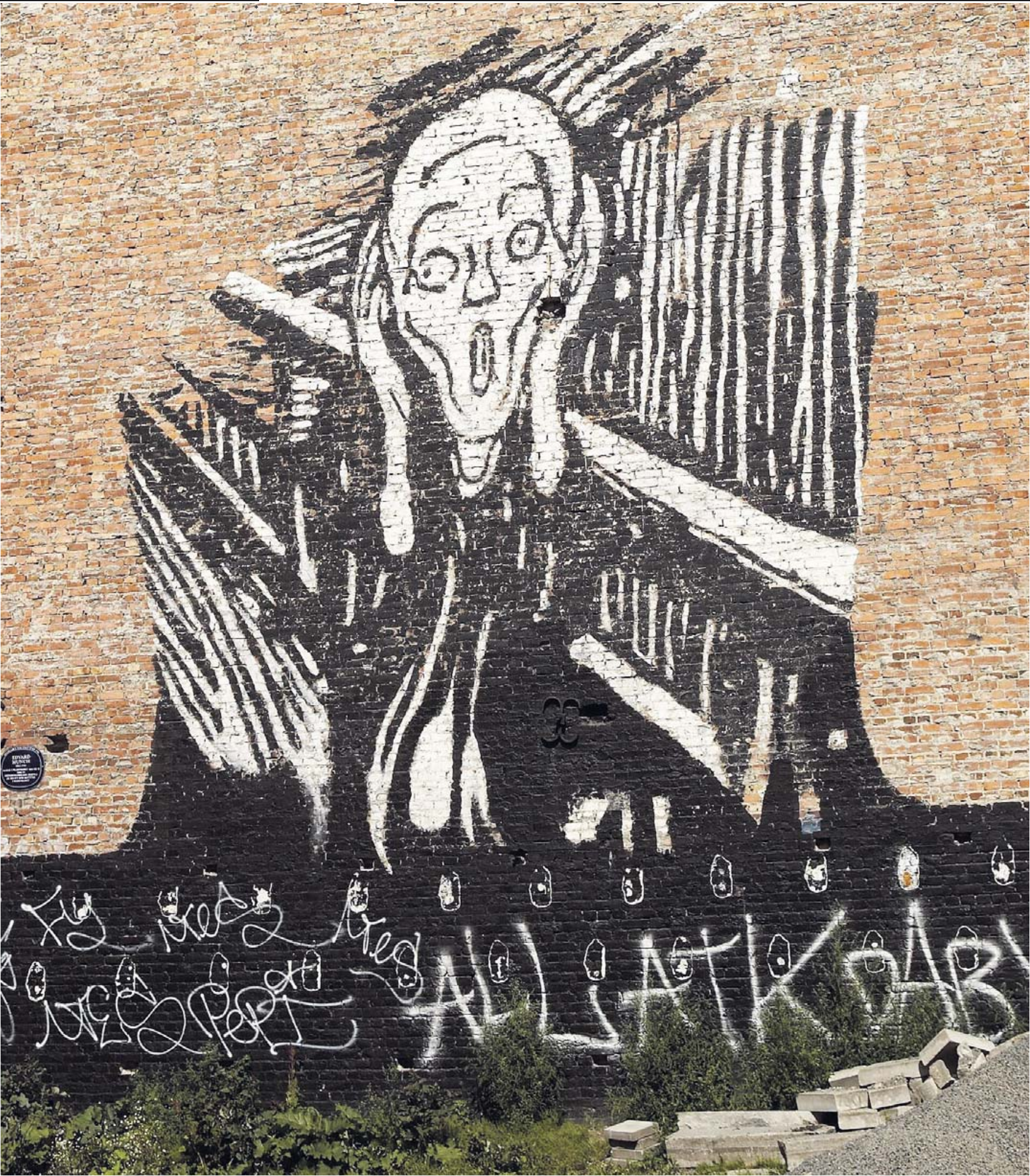
Spätestens hier aber muss selbst stramm Konservativen klar werden, dass sich die populistische Versuchung für sie in jedem Fall rächen wird: Wer die Verdummung des öffentlichen Diskurses, die schlichten Haudraufösungen und das Untergraben des Anstands auf der vermeintlich eigenen Seite toleriert, provoziert den politischen Gegner, dasselbe zu tun. Populismus ist ein Gift, das ein Staatswesen auf Jahrzehnte lähmen kann – und das ist längst noch nicht das schlimmste Szenario.

Was treibt Menschen zu Pegida?

Wer sind die Menschen, die hasserfüllt gegen die Bundesregierung protestieren, ja selbst mit der Hinrichtung von Politikern kokettieren? Der wissenschaftliche Sammelband „Pegida“ ist hier ein überwiegend gelungener Versuch von 29 Autoren, die Gruppe der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ zu verstehen. Deren Organisatoren bringen bei ihren montäglichen Versammlungen zwar keine 25 000 Menschen mehr auf Dresdens Straßen. Bei Facebook aber haben sie um die 200 000 Follower – und in der AfD einen parlamentarischen Arm für ihre zwischen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus schwankenden Ansichten. Pegida ist der „natürliche Verbündete“ der AfD, wie es deren stellvertretender Chef Alexander Gauland formulierte.

Die erste „Versammlung“ hielt Pegida im Oktober 2014 ab – viele Monate vor Beginn des großen Flüchtlingszustroms nach Deutschland. Pegida mobilisiert „fremdenfeindliche und islamkritische Ressentiments und bringt dabei grundsätzliche Vorbehalte gegenüber den politischen und medialen Eliten zum Ausdruck“, umschreibt der Politikwissenschaftler Hans Vorländer das Phänomen. Die Teilnehmer der Kundgebungen repräsentieren übrigens nicht das Lumpenproletariat, sie setzen sich vielmehr überwiegend aus gut ausgebildeten älteren Männern zusammen. Womöglich wurden ihre Aufstiegsambitionen enttäuscht, nun treiben sie Abstiegsängste um. Paradox erscheint, dass ge-

Joerg Meierow/afp



Zum Schreien: Ein Graffiti ahmt das berühmte Werk Edvard Munchs nach.

rade in der vom Niedergang geprägten (ostdeutschen) Provinz – dort also, wo Kindergärten, Schulen und Geschäfte schließen, wo die Jungen und Begabten schleunigst das Weite suchen – am lautesten der Ruf erschallt: „Wir hier wollen so sein und so bleiben, wie wir sind.“ Angesichts der Dynamik von Digitalisierung und Globalisierung sieht der Soziologe Hartmut Rosa in dieser anachronistischen Gegenbewegung eine „Tendenz zur sklerotischen Versteinierung“.

Mit Besonnenheit zum Wahlerfolg

Das mehr Erfolg versprechende Motto im Kampf gegen die sich formierende Volksfront von rechts scheint da: abgrenzen statt anbiestern. Österreichs künftiger Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat das unlängst im Wahlkampf gegen seinen rechtspopulistischen Gegenkandidaten Norbert Hofer erfolgreich umgesetzt. Der ehemalige Wirtschaftsprofessor Van der Bellen erzielte in seinem Wahlkampf Verschwörungstheorien eine klare Absage, stemmte sich gegen Ausländerfeindlichkeit und wirtschaftliche Abschottung. Stattdessen plädierte er dafür, im politischen Wettstreit die Grenzen des menschlichen Anstands zu beachten. Sein Versprechen, als Bundespräsident „mit Besonnenheit, Vernunft und Zuversicht das Verbindende vor das

Trennende stellen“, überzeugte die Mehrheit der Wähler. Es ist nicht der Kotau vor den Populisten, der hilft, ihre Macht zu bannen. Es ist die selbstbewusste Gegenwehr im Vertrauen auf die Werte der offenen Gesellschaft.

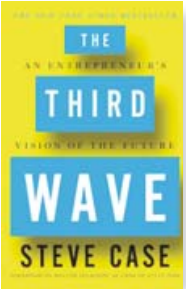
Der Rechtspopulismus darf sich nicht in der Mitte der Gesellschaft festsetzen, will man unsere demokratischen Errungenschaften nicht aufs Spiel setzen. Gerade deshalb aber darf es keinen Zweifel geben: Wer Rassismus predigt und Flüchtlinge oder ihre Helfer bedroht, hat sich aus dem öffentlichen Diskurs verabschiedet. Er ist ein Fall für Polizei und Justiz. Wer obskure „Überfremdungs“-Theorien verbreitet, darf kein Entgegenkommen erwarten. Es lohnt sich nicht, bei Verständnislosim um Verständnis zu werben. Es lohnt sich allerdings, an den sozialdemokratischen Politiker und Völkerrechtler Carlo Schmid zu erinnern. Der erklärte im Jahr 1948: „Man muss auch den Mut zur Intoleranz gegenüber denen aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“ Heute sind Schmidts Worte so wertvoll wie damals.

Die dritte Welle

Der ewige Netz-Optimist

Steve Case bekam Lust an der Welt der Unternehmensgründer, bevor er ein Teenager war. Deshalb beginnt er sein Buch „Die dritte Welle“ mit dieser Geschichte von zwei hawaiianischen Jungen – er zehn, sein Bruder Dan elf –, die den Traum hatten, erfolgreich zu sein. Tatsächlich wurde Case nur 22 Jahre nach dem Bauchladen-Verkauf von Hochzeits- und Geburtstagskarten der CEO von America Online, kurz: AOL – einer der erfolgreichsten Internetfirmen jemals.

Bis heute gibt Case nicht auf, als Internetpionier der ersten Stunde auf immer neuen Wellen des Internets mitzusurfen – inzwischen mehr als Investor und Regierungsberater denn als Unternehmer. Sein aktuelles Projekt: das Internet der Dinge zu durchschauen. In seinem neuen Buch versucht sich Case an einer Erklärung, die dritte Welle, so nennt er die aktuelle Phase des Internets, als Chance für Wirtschaft und Gesellschaft in den USA zu sehen. Nachdem sein AOL, Netscape und andere Firmen in der „ersten Welle“ das kommerzielle Internet etabliert hatten, bauten Firmen wie Google oder Facebook in der „zweiten Welle“ Suchmaschinen und soziale Netzwerke, die eine Nutzung für jedermann ermöglichten.



Steve Case: Die dritte Welle. Gewinnerstrategien für die Zukunft der Tech-Branche. Plassen Kulmbach 2016, 240 Seiten, 25 Euro.

Case nur Chancen – solche Bedenken ignoriert er in der Regel.

Und das Internet der Dinge kommt nicht erst: Kühlschränke sind schon jetzt smart und erkennen, dass der Milchvorrat leer ist. Ganze Häuser sind vernetzt und merken über Sensoren, ob jemand zu Hause ist. Sie fahren die Rollläden herunter und stellen Überwachungskamera und Alarmanlage scharf.

Von den Chefs der großen Firmen fordert Case eine Disruption an sich selbst. Industrien dürften nicht länger annehmen, sie seien immun gegen technologische Veränderungen, sondern sollten langfristig nach Wegen suchen, die sie an diesen Veränderungen teilhaben lassen. Als Positivbeispiel nennt er die Erfindung von Apples iPhones: Damit hat das Unternehmen dem Verkauf des eigenen iPods immens geschadet.

Gewidmet hat Steve Case „Die dritte Welle“ aber keineswegs den Big Playern. Sondern Entrepreneuren, die ihn inspirieren und mit ihren Ideen die Welt verändern wollen. Für sie hat er vor allem einen Tipp: sich mit der US-Regierung gutzustellen. Zum einen müsste sich jeder Gründer in den USA bewusst sein, dass die Politik die nötigen Mittel hat, um Regeln und Vorschriften zu vermindern. Zum anderen adressiert Case seine Vorschläge an die Regierung – für die er mehrere Jahre gearbeitet hat –, indem er eine Lockerung des Einwanderungsgesetzes für Unternehmer fordert, ein Vorhaben, das in der Regierung Trump wohl wenige Freunde finden wird.

Obwohl das Buch bereits vor der Wahl erschien, ist Case um sein Land, das er „das erfolgreichste Start-up der Weltgeschichte“ nennt, besorgt. Länder wie Deutschland oder Südkorea schienen für die dritte Welle besser vorbereitet zu sein als die USA. Das schreibt Case in dem Kapitel „Die Disruption Amerikas“. Die Koreaner investierten Milliarden-Beträge in Entrepreneurships, und London sei führend im Bereich Crowdfunding. Deshalb macht Case sechs konkrete Vorschläge, um die Weltmachtstellung der USA zu halten: Unter anderem solle mehr Geld in Forschung gesteckt und die Talent- und Investorensuche erleichtert werden.

Am Ende behält Case aber den Optimismus, den er wohl mit jedem erfolgreichen Unternehmer teilt: „Das wird nicht das Ende Amerikas sein.“ Laura Waßermann